

---

## **Der Rückkehr zur Ordnung in der Schweiz:**

### **Aufbau einer liberal-konservativen Hochburg in der Mitte Europas nach dem Ersten Weltkrieg**

Christophe Farquet

Manchmal ist es notwendig, die Geschichte eines Landes über einen ganzen Zeitraum hinweg zu revidieren. Dies ist der Fall, wenn sich über Jahrzehnte Fachmonografien angesammelt haben, ohne dass die historischen Grundlagen, auf denen sie beruhen, diskutiert wurden. Diese Diagnose lässt sich zweifellos für die Schweizer Geschichte der ersten Nachkriegszeit formulieren. Trotz der Fortschritte in der Forschung leidet die Geschichtsschreibung an einem Mangel an Synthese sowie an einer fehlenden internationalen Perspektive. So erscheint die Schweizer Geschichte, von außen betrachtet, als ein seltsames Flickwerk, das sich nur schwer mit der europäischen Situation in Beziehung setzen lässt.<sup>1</sup>

Während im Ausland unzählige Monografien zu den internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg über Friedensverträge, die Problematik der Kriegsreparationen oder den Völkerbund existieren, fehlt mit Ausnahme einiger weniger gezielter Studien sowie eher fragwürdiger diplomatischer Geschichten der Neutralität eine profunde Analyse der Schweizer Außenpolitik zwischen 1918 und 1929.<sup>2</sup> Dasselbe gilt für die interne Geschichte des Landes. Zweifellos gibt es eine beträchtliche Anzahl von Artikeln und Büchern über außergewöhnliche Ereignisse wie beispielsweise den Generalstreik vom November 1918, die Finanzpolitik oder die Entwicklung der politischen Parteien. Allerdings ist auch hier kein Überblick vorhanden und erhebliche Lücken sind erkennbar. Es ist kaum übertrieben zu sagen, dass es keine relevante historische Übersicht über die Schweizer Wirtschaft in den 1920er-Jahren gibt. Die einzige Synthese, die je über die schwere Krise zu Beginn des Jahrzehnts geschrieben wurde, ist eine Lizentiatsarbeit, die vor vierzig Jahren verfasst wurde.<sup>3</sup> Was die allgemeinen Zusammenfassungen anbelangt, so bleibt das Kapitel über die Periode 1914-1945 von Hans Ulrich Jost in der Neuen Geschichte der Schweiz und der Schweizer, die 1983 erstmals veröffentlicht wurde, die Referenz. Dieser Text war wegweisend für seine Analyse der 1930er-Jahre und des Zweiten Weltkriegs. Er verteidigt keine starken Thesen bezüglich der 1920er-Jahre, mit Ausnahme einiger Bemerkungen zur Ungleichzeitigkeit der Kultur im Vergleich zu anderen Dimensionen der Schweizer Gesellschaft.<sup>4</sup>

Die Mängel in der Geschichtsschreibung und das Fehlen einer Synthese könnten unbedeutend erscheinen, wenn die Schweizer Geschichte in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht von einem tiefen Widerspruch geprägt gewesen wäre. Die Historiker bestehen auf den sozialen Konfrontationen, die der Krieg trotz Wahrung der Neutralität verursacht hat, und auf deren Einfluss auf die Schweizer Politik in den 1920er-Jahren oder sie stellen im Gegenteil eine Gesellschaft dar, die von einem

starken Konservatismus geprägt war und von der Nachkriegskrise nur leicht erschüttert wurde.<sup>5</sup> Zugegeben, diese Ambivalenz ist sichtbar in der gesamten europäischen Geschichtsschreibung und entspricht tatsächlich zwei unterschiedlichen Zeitabschnitten. Nach den intensiven wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen am Ende des Krieges und Anfang der 20er-Jahre, die Europa mit einem revolutionären Flächenbrand bedrohten, folgte ab Mitte des Jahrzehnts eine Periode relativer Ruhe, in der Konservatismus und Währungsstabilität mit einer kurzlebigen Befriedung der internationalen Beziehungen einhergingen. In der Schweiz stellt sich das Problem jedoch anders dar, weil die durch den Krieg verursachte politische und wirtschaftliche Erschütterung aufgrund der Neutralität während der Feindseligkeiten von geringer Tragweite im internationalen Vergleich blieb. Die Rückkehr zur Ordnung wurde in der Schweiz lange vor den großen europäischen Ländern vollzogen, dies hinderte die Schweizer Gesellschaft jedoch nicht daran, einschneidende Veränderungen zu durchlaufen.

Der vorliegende Artikel versucht, dieses Paradox aufzulösen. Es wird argumentiert, dass die Erhaltung einer stabilen Kontinuität in der Schweizer Politik entscheidender ist als die sozialen Unruhen der Nachkriegszeit und die Mischung aus Repression und Zugeständnissen, mit der sie bekämpft wurden, um die Entwicklung des Landes zu begreifen. Grundlagen hierfür waren die Stabilisierung des Frankens und die rasche Rückkehr zur finanziellen Normalität der Vorkriegszeit. Diese Beständigkeit trug dazu bei, die Schweiz als liberal-konservative Hochburg in der Mitte Europas zu etablieren – eine Position, die von der schweizerischen Elite bewusst angestrebt wurde und die in den folgenden Jahrzehnten beibehalten werden sollte. Der Schlüssel zur Lösung des Problems ist, dass diese Beständigkeit der Schweizer Politik, verbunden mit einer Stärkung der rechten Parteien, selbst ein Ursprung tiefgreifender Veränderungen war. Sie hat aufgrund des Kontrastes zur Politik im Ausland strukturelle Umwandlungen innerhalb der Wirtschaft bewirkt und gleichzeitig die internationale Position des Bundes gestärkt. Daher kann die wahre Bedeutung der Entwicklung des Landes nach dem Krieg nur verstanden werden, wenn sie in den europäischen Kontext gestellt wird. Neben der Bedeutung für die Schweizer Geschichte hat dieser Artikel demnach aus methodischer Sicht einen breiteren Fokus. Durch die Bereitstellung eines neuen Analyserahmens, der auch auf die sozioökonomische Entwicklung anderer neutraler Länder angewandt werden kann, ist es möglich, den Text als Plädoyer für eine Internationalisierung der nationalen Geschichte zu lesen.

### **Soziale Destabilisierung**

Das Ende des Ersten Weltkriegs mündete in der Schweiz in eine große Krise. Das steht außer Frage. Die Eidgenossenschaft wurde durch die schwersten politischen Unruhen in ihrer Geschichte seit dem kurzen Sonderbundskrieg von 1847, der zur Schaffung des modernen Bundesstaates geführt hatte, erschüttert. Der schärfste Ausdruck dieser Krise war der Generalstreik, der beim Waffenstillstand ausbrach. Am 12. November 1918 legten auf das Geheiß sozialistischer und gewerkschaftlicher Führer 250.000 Beschäftigte die Arbeit nieder und in den Straßen der Schweizer

Städte fanden große Demonstrationen statt. Nach Zusammenstößen zwischen der Arbeiterbewegung und den Truppen der Armee kapitulierte die Linke in der Nacht vom 13. auf den 14. November wegen der Entschlossenheit der Schweizer Regierung. Dieses für die Politik des Bundes außergewöhnliche Ereignis hat die Aufmerksamkeit der Schweizer Historiker auf sich gezogen, die ihm zahlreiche Seiten gewidmet haben.<sup>6</sup> Im Vergleich zu den sozialen Konflikten, die bei Kriegsende in anderen europäischen Ländern auftraten, blieb der Generalstreik jedoch lediglich eine kurze Anekdote. Er macht nur Sinn, wenn es in eine längere Sequenz zwischen Mitte 1917 und der zweiten Hälfte von 1919 gesetzt wird.

Die politische Stabilität der Eidgenossenschaft wurde in diesen Jahren doppelt erschüttert. Bezüglich der internationalen Beziehungen mussten die Schweizer Entscheidungsträger zunächst eine schmerzhaft Anpassung ihrer politischen Ausrichtung vornehmen. Natürlich ist es die Unveränderlichkeit der Schweizer Neutralität, die auf den ersten Blick am auffälligsten erscheint. Die Neutralität, die seit dem Wiener Kongress 1815 von den anderen Mächten anerkannt wird, wurde unmittelbar nach Kriegsausbruch am 4. August 1914 von der Regierung bestätigt. Obwohl die territoriale Souveränität des Landes vor allem aufgrund der strategischen Überlegungen der Kriegsparteien gewahrt blieb, fand die Neutralitätspolitik während des Konflikts eine greifbare Realität, beispielsweise in der Aufnahme von Flüchtlingen und Deserteuren. Trotz dieser Unantastbarkeit der säkularen Neutralität verbargen sich Verletzungen der schweizerischen Souveränität in den wirtschaftlichen Beziehungen der Kriegsparteien und in der ausgeprägten Affinität eines großen Teils der Schweizer Elite zu Deutschland und Österreich-Ungarn. Seit der Belle Époque hatte sich eine prodeutsche Ausrichtung der Schweizer Außenpolitik in kommerziellen, diplomatischen und militärischen Angelegenheiten durchgesetzt, sodass die Diplomaten der Entente sogar eine informelle Mitgliedschaft im Dreibund vermuteten. Während der ersten Kriegsjahre brach die Mehrheit der Regierungsmitglieder nicht mit den guten Beziehungen zu den Mittelmächten, ganz zu schweigen von der Armee, deren höchster Vertreter, General Ulrich Wille, für den Eintritt der Eidgenossenschaft in den Krieg plädierte, als Italien seine Neutralität aufgab.<sup>7</sup>

Im Frühjahr 1917 setzte jedoch mit dem Bekanntwerden eines durchschlagenden Skandals, dem eine Reihe anderer Fälle folgte, eine Änderung dieser politischen Richtung ein. Die Enthüllung der Beteiligung von Außenminister Arthur Hoffmann an den Bemühungen um einen separaten Frieden zwischen Deutschland und Russland und der daraus resultierende Druck der Entente zwangen ihn am 18. Juni zum Rücktritt. Die Ernennung seines Nachfolgers Gustave Ador, der für seine Frankophilie bekannt war, stellte einen ersten Schritt der Neuorientierung in Richtung der alliierten Mächte dar. Dennoch gestaltete die Eidgenossenschaft erst am Ende des Krieges unter dem Einfluss der militärischen Ereignisse und der zunehmenden Abhängigkeit ihres Handels von den Vereinigten Staaten eine entschlossene Neuordnung ihrer Außenbeziehungen. Die Rehabilitierung der Schweiz durch die Sieger des Krieges wurde erst Anfang 1920 mit der Zuweisung des Sitzes des Völkerbundes nach Genf und mit der Anerkennung eines Sonderstatus der Schweizer Neutralität abgeschlossen. Die Eidgenossenschaft war nicht verpflichtet,

die militärischen Sanktionen des Völkerbundes anzuwenden, der paradoxerweise den Willen der Schweizer Elite zur Aufrechterhaltung ausgewogener Beziehungen zum Deutschen Reich unterstützte.<sup>8</sup>

Neben dieser Krise bezüglich der Außenbeziehungen wurde auch die Innenpolitik des Bundesrates infrage gestellt. Die Hoffmann-Affäre stand in Zusammenhang mit dem mangelnden Vertrauen in die Regierung, weil sie die Kluft zwischen der französischsprachigen Schweiz, meist pro Entente, und der deutschsprachigen Schweiz, die weitgehend den Zentralmächten gewogen war, vergrößerte. Die Herausforderung für die Regierungspolitik im Allgemeinen ergab sich jedoch aus der Ungeschicklichkeit des Bundesrates bei der Nutzung der außerordentlichen Vollmachten, die das Parlament zu Beginn des Krieges erteilt hatte. Die Schweizer Regierung zeigte eine bemerkenswerte Laxheit bei der Verwaltung der Kriegswirtschaft, ohne dass sie im Bereich der Sozialpolitik wirkliche Zugeständnisse machte, um die harten Lebensbedingungen der Bevölkerung zu mildern. Anfang 1918 stieß die Entscheidung, eine Arbeitsdienstpflicht einzuführen, auf erheblichen Widerstand bei der Linken. Dieser Streit wurde schließlich durch einen weiteren destabilisierenden Faktor angeheizt: die Inflation, die ab 1918 aufgrund der Verdoppelung der Preise während des Krieges zusammen mit den Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung zum wichtigsten Faktor wurde. Die Erosion der Kaufkraft der Beschäftigten war vergleichbar mit der in den alliierten Ländern. Sie trug zur Legitimierung der linken Opposition und zum Wachstum des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bei, dessen Mitgliederzahl sich zwischen 1914 und 1920 mehr als verdreifachte.<sup>9</sup>

Die Schweizer Gesellschaft war daher trotz Wahrung der militärischen Neutralität der Eidgenossenschaft ebenfalls von der Konfrontation zwischen den Kräften der Bewegung und der Restauration am Ende des Krieges betroffen. Die Konflikte zwischen der Linken und der Schweizer Führung waren ein Bestandteil des politischen Flächenbrandes in Europa zwischen 1917 und 1919. Sie waren von der deutschen Revolution beeinflusst und wurden durch die Radikalisierung eines Teils der Schweizer Sozialisten vorbereitet, die mit während des Krieges in die Eidgenossenschaft geflüchteten russischen Revolutionären in Kontakt standen.<sup>10</sup> Lenin wohnte bis 1917 in der Schweiz und einige sozialistische Führer standen ihm nahe, obwohl die meisten von ihnen eine politische Linie vertraten, die eher mit derjenigen der unabhängigen Socialdemokraten aus Deutschland als mit derjenigen der russischen Bolschewiken übereinstimmte. Die Erfahrungen der Schweiz unterschieden sich jedoch von der Situation in den kriegführenden Ländern, da der Konflikt weniger hitzig war und sein Ausgang mehr zugunsten der Befürworter der Restauration war. Während die erste Hälfte des Jahres 1919 noch von direkten Konfrontationen mit den Ordnungskräften geprägt war, begann sich die Situation in der Schweiz ab dem Sommer zu stabilisieren. 1920 war die Zahl der Streiks noch relativ hoch, ging im darauffolgenden Jahr jedoch deutlich zurück.

Was waren die Folgen der sozialen Konfrontationen am Ende des Krieges? Was auch immer man von der Legitimität der Forderungen der Arbeiterbewegung halten mag, es ist beinahe unmöglich, die Beobachtung der etablierten Historiker der Linken zu

teilen, die trotz der Unterdrückung der sozialen Mobilisierungen die kurz- und langfristigen politischen Vorteile des Generalstreiks hervorgehoben haben.<sup>11</sup> Zwei Zugeständnisse wurden 1919 von der Schweizer Regierung und den Arbeitgebern gemacht: die Wahl des Unterhauses des eidgenössischen Parlaments nach dem Verhältniswahlrecht und die Einführung der 48-Stunden-Woche. Aber die erste davon wurde schon vor dem Streik im November 1918 in einer Abstimmung angenommen; die sozialistischen Führer anschließend nur eine vorgezogene Wahl gewannen. Auch wenn die Sozialisten Ende 1919 im Nationalrat 41 Sitze statt wie zuvor 20 hatten, stützten sich die Freisinnigen, deren 103 Sitze auf 60 von insgesamt 189 zurückgingen, logischerweise auf die Katholisch-Konservativen, um ihre Macht über den Bundesstaat zu konsolidieren.<sup>12</sup> Bereits 1920 waren neben fünf Freisinnigen zwei Katholisch-Konservativen – im Gegensatz zu nur einem zuvor – Teil der Regierung. Die Linke blieb in den 1920er-Jahren am Rande der Entscheidungsprozesse trotz eines ziemlich schnellen Wechsels zum Reformismus nach einem gescheiterten Versuch sozialistischer Führer, der Dritten Internationalen beizutreten.

Eine geregelte Arbeitszeit von 48 Stunden war somit das einzige echte Zugeständnis an die Beschäftigten nach dem Ersten Weltkrieg, das im Gesetz vom 22. Juni 1919 verankert wurde. Sie wurde in der Schweiz zur selben Zeit wie in den meisten anderen europäischen Ländern eingeführt. Die Akzeptanz der 48-Stunden-Woche durch die Schweizer Arbeitgeber Anfang 1919 wurde stark durch die Entwicklungen im Ausland beeinflusst. Im Übrigen entwickelte sich der Sozialstaat nach dem Krieg in der Schweiz kaum weiter. Weder wurde eine Krankenversicherung noch eine Arbeitslosenversicherung vom Bundesrat angeboten. Das Sozialsystem basierte im Wesentlichen auf privaten Versicherungen, Gewerkschaftsfonds sowie kommunalen und kantonalen Hilfen, obwohl sich der Bund über Subventionen beteiligte.<sup>13</sup> Die Schweiz, die seit 1877 über ein damals fortschrittliches Fabrikgesetz verfügt hatte, hinkte in diesem Bereich auf europäischer Ebene nunmehr deutlich hinterher. Die Schweizer Arbeitnehmer waren nicht viel besser geschützt als vor dem Krieg, und das trotz des höheren Risikos, dem Elend ausgesetzt zu sein. Mitte der 1920er-Jahre waren die durchschnittlichen Monatslöhne nur um etwas mehr als ein Zehntel des Niveaus von 1913 gestiegen, sodass sich die Kaufkraft kaum veränderte. Auf der anderen Seite arbeiteten die Arbeitnehmer weniger.

Was die anderen hypothetischen längerfristigen Vorteile betrifft, die der Streik gefördert hätte und die von einigen Historikern hervorgehoben werden, wie die Einführung einer Altersversicherung und die Gewährung des Wahlrechts für Frauen, so sind sie angesichts ihres späten Inkrafttretens in der Schweiz eine etwas lächerliche Angelegenheit. Trotz der Aufnahme eines Verfassungsartikels im Jahr 1925 wurde erst 1948 die Altersversicherung eingeführt. Das Wahlrecht für Frauen wurde sogar erst 1971 verabschiedet.<sup>14</sup> Offensichtlich ist die gegenteilige Interpretation viel zutreffender: Es dauerte so viele Jahre, bis diese Maßnahmen akzeptiert wurden, weil der bürgerliche Block aus dem Krieg derart gestärkt hervorgegangen war, um sie abzulehnen. Die drei Tage des Generalstreiks konnten die Schweizer Bourgeoisie nicht für immer vor den Risiken einer konfrontativen Politik gegenüber der Linken warnen. Zudem bewirkte die Krise trotz starker

Repression keine rechte Reaktion, die die gesamte Schweizer Politik in den 1920er-Jahren beherrscht hätte. Die relative Leichtigkeit, mit der die Arbeiterbewegung zurechtgewiesen wurde, zeigte der Schweizer Führung, im Gegensatz beispielsweise zur Situation in Deutschland, wie einfach es war, die sozialistischen Forderungen zu ignorieren.

### **Die Rückkehr zur politischen Ordnung**

Die Schweiz war eines der wenigen europäischen Länder, das bereits 1920 die Rückkehr zur Ordnung erreicht hatte. In diesem Jahr wurde ganz Europa von einer konservativen Welle erfasst. Da die Inflation in den meisten Ländern nachließ und die Volkswirtschaften noch nicht von der Konversionskrise betroffen waren, glaubten viele Zeitgenossen, dass nach den Turbulenzen der Nachkriegszeit eine endgültige politische und wirtschaftliche Stabilisierung wiederhergestellt wäre. Doch erwies sich dieser weltweite Thermidor, wie Charles Maier den Zeitraum genannt hat<sup>15</sup>, als kurzlebig. In der zweiten Hälfte des Jahres 1921 verschlimmerte sich die Inflation in Deutschland und Österreich, während die internationalen Beziehungen zwischen den Mächten durch Konflikte wegen Reparationen und Kriegsschulden erschüttert wurden, und das alles vor dem Hintergrund einer schweren wirtschaftlichen Rezession. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt Anfang 1923 mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen, nachdem Deutschland im Chaos der Hyperinflation versunken war.

Der konservative Wandel wurde in Deutschland erst 1924 mit der Umsetzung des Dawes-Plans und dem Beginn einer Reihe von Mitte-rechts-Regierungen, die von der katholischen Zentrum dominiert wurden, in Gang gesetzt. In Belgien und in Frankreich lösten konservativen Regierungen erst im Frühling und Sommer 1926 Links-Koalitionen ab, was zu einer Stabilisierung der politischen und währungspolitischen Lage führte. Obwohl der Konservatismus in Großbritannien nach dem Krieg stärker verankert war, kam die Labour Party 1924 zum ersten Mal an die Macht und das Land erlebte 1926 mit einem neuntägigen Generalstreik noch immer sozialistische Revolten. In Italien war inzwischen das faschistische Regime mit der Liquidierung der demokratischen Institutionen endgültig etabliert. Wie Karl Polanyi richtig feststellte, waren die „Roaring Twenties“ politisch konservativ.<sup>16</sup> Wenn man die Perspektive auf die Länder Süd- und Osteuropas ausdehnt, waren diese Jahre zumeist schon vor der Großen Depression autoritär.

Aus diesem Grund wurde die Stabilisierung innerhalb der Eidgenossenschaft schneller erreicht als in den Nachbarländern. Nach dem Eintritt eines zweiten katholisch-konservativen Politikers in den Bundesrat blieb die Verteilung der Regierungssitze unverändert und die Vertretung der Parteien im Parlament änderte sich wenig, bis ein Politiker der nach Kriegsende gegründeten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei die rechte Koalition 1929 erweiterte. Die Hauptstoßrichtung der Bundespolitik wurde ebenfalls in den frühen 1920er-Jahren festgelegt, ohne dass sie danach radikal geändert wurde. Zwischen Ende 1919 und dem Beginn des folgenden Jahres wurden dennoch vier der sieben Regierungsmitglieder abgelöst, was in der

Geschichte des politischen Systems der Schweiz außergewöhnlich ist. Aber die Kontinuität überwiegt bei Weitem den Wandel. Der neu gewählte ultrakonservative Katholik Jean-Marie Musy aus der ländlichen Region Freiburg, dessen politische Positionierung ziemlich vergleichbar mit der von Engelbert Dollfuß aus Österreich war, war das übersteigerte Symbol der drei axiomatischen Dimensionen der Schweizer Politik nach dem Ersten Weltkrieg: die dogmatische monetäre und finanzielle Orthodoxie, die Rolle, die der Bauernschaft bei der Stabilisierung zugewiesen wurde, und den Rückzug des Liberalismus.<sup>17</sup>

Die Reaktion auf die Arbeiterbewegung wurde in dieser Politik vermischt. Sie war jedoch keineswegs dessen wesentlicher Bestandteil. Obwohl die Schweizer Gesellschaft nicht frei von reaktionären Tendenzen war, wie der Aufstieg der Bürgerwehren zeigt, war die Regierung nicht in der Lage, bestimmte Aktionen, die sich ausdrücklich gegen Sozialisten und Gewerkschaften richteten, durch eine Volksabstimmung zu bestätigen. Zum Beispiel wurde der Bundesrat am 24. September 1922 vom Volk überstimmt, als Justizminister Heinrich Häberlin versuchte, mehr Rechtsmittel zur Unterdrückung der politischen Opposition im Strafgesetzbuch zu verankern, ebenso erging es am 17. Februar 1924 Wirtschaftsminister Edmund Schulthess, als er vorschlug, die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden zu überdenken.<sup>18</sup>

Die drei zuvor genannten politischen Dimensionen waren an sich nicht neu; sie waren alle bereits während der Belle Époque initiiert worden. Die finanzielle Orthodoxie gilt im Wesentlichen als Versuch, die vor 1914 verfolgte Politik trotz der durch den Krieg verursachten Destabilisierung wiederherzustellen. Die Politik der ländlichen Integration geht auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Im Jahr 1891, als die Sozialisten noch wenig Einfluss auf das politische System hatten, war erstmals ein katholisch-konservativer Politiker in die Regierung eingetreten, während gleichzeitig die Freisinnigen und die großen industriellen Arbeitgeber eine klientelistische Strategie gegenüber der Bauernschaft verfolgten.<sup>19</sup> Später, im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, hatte sich eine reaktionäre Avantgarde unter den Schweizer Intellektuellen gebildet.<sup>20</sup> Die Schweiz war von der Krise des Liberalismus, die Europa an der Wende zum 20. Jahrhundert erschütterte, nicht verschont geblieben.

Nach dem Krieg dominierten diese drei Tendenzen die Bundespolitik. Im Mittelpunkt stand jedoch die Wiederherstellung des Frankenkurses auf Vorkriegsniveau. Die Rückkehr zur Ordnung war in erster Linie eine Rückkehr zur monetären Vorkriegsnormalität. Der Wert des Schweizer Frankens, der trotz der Inflation nicht abgewertet worden war, stand als Metapher für die Schweiz, die ihre moralischen Werte trotz der politischen Turbulenzen der Nachkriegszeit bewahrt hatte. Natürlich wirkte die Goldbindung der Währung bei sehr konkreten materiellen Interessen unterstützend, aber sie war mehr als nur ein wirtschaftliches Kalkül. Der Prozess war ein moralischer Kreuzzug, der nach seiner Beendigung zum Nationalstolz wurde. Gleich nach seinem Eintritt in den Bundesrat übernahm Musy daher mit Unterstützung der Arbeitgeber die Aufgabe, eine rigorose Deflationspolitik zu betreiben, also mit Sparmaßnahmen einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu

erreichen, während die Schweizerische Nationalbank aufhörte, von der Orthodoxie abzuweichen.<sup>21</sup> Obwohl die Schweizer Währung gegenüber dem Dollar von Zeit zu Zeit schwächer war, bevor sie 1924 endgültig die Vorkriegsparität erlangte, fiel diese Entscheidung tatsächlich zugunsten eines stärkeren Frankens angesichts der beschleunigten Abwertung der anderen europäischen Währungen. Es entsprach der Politik Großbritanniens, den Kurs des Pfundes Sterling zu verteidigen, um der steigenden Relevanz des amerikanischen Finanzplatzes entgegenzuwirken. Aus dem stabilen Franken wurde ein starker Franken, was die Transformation der Schweizer Wirtschaft in den 1920er-Jahren entscheidend beeinflusste.<sup>22</sup>

Diese Entscheidung war nicht selbstverständlich und sie hatte einen Preis. Die Sparmaßnahmen des Bundes verschärften die Rezession der frühen 1920er-Jahre. Für die Schweizer Wirtschaft war diese Politik jedoch weniger kostspielig als für die englische, da hier die öffentliche Verschuldung und die Ausgaben für den Krieg weniger ins Gewicht fielen. Trotz der Einführung einer direkten Bundessteuer im Jahr 1915 war die Besteuerung von Einkommen und Kapital im internationalen Vergleich niedrig geblieben und das stark dezentralisierte Steuersystem war weiterhin auf ohnmächtige Steuererhebungs- und Kontrollorgane angewiesen. Dank des Zuflusses von ausländischem Kapital konnten auch die Zinsen niedrig gehalten werden. All dies trug zweifellos dazu bei, dass neben den Bankiers auch die industriellen Arbeitgeber trotz der Schwierigkeiten beim Verkauf ihrer Exporte ins Ausland kaum Opposition gegen den starken Franken bildeten.<sup>23</sup> Die Stabilität der Währung hatte für sie zudem auch Vorteile, wie z. B. die Senkung der Importpreise für Verarbeitungsunternehmen, die in der Schweizer Industrielandschaft dominierten, oder die erhöhten Chancen, ausländische Unternehmen zu erwerben. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass der Goldstandard in der Schweiz wie auch anderswo nach dem Krieg sowohl ein angestrebtes Ziel als auch ein politisches Mittel war. Innerhalb des Landes wurde die Wiederherstellung des Goldstandards als Druckmittel gegen die Beschäftigten eingesetzt, um die Durchsetzung der Sparpolitik zu legitimieren. Und nach außen hin wurde die Position der Eidgenossenschaft im Konzert der Nationen dank der neuen Finanzkraft des Landes gestärkt.

In den 1920er-Jahren war die finanz- und geldpolitische Rückkehr zur Normalität der Belle Époque in der Schweiz erfolgreicher als in den ehemaligen Kriegsländern. Während der Wechselkurs des französischen Francs durch fünf geteilt wurde und die Mark wegen der Hyperinflation ihren gesamten Wert verloren hatte, entsprachen die Schweizer Banknoten noch immer demselben Goldwert wie im Jahr 1913. Gleichzeitig blieb die Fläche des Staates begrenzt und seine Struktur dezentralisiert. Das Verhältnis aller Staatsausgaben zum Nationaleinkommen war von der Zeit vor dem Krieg bis zum Jahr 1925 zwar um etwa ein Drittel gestiegen, blieb jedoch gering im Vergleich zum Vereinigten Königreich, wo der Index Mitte der 1920er-Jahre fast doppelt so hoch lag wie in der Schweiz. Mit anderen Worten: Angesichts des Kompromisses zwischen Inflation und Steuern, den alle europäischen Regierungen eingehen mussten, um ihre Kriegsschulden zu reduzieren, konnten die Schweizer Führung dank der Neutralität während des Krieges auf eine Deflationspolitik setzen, ohne dass die Staatseinnahmen sehr stark stiegen. Diese Entwicklung, die dem europäischen Trend zuwiderlief, begünstigte den Aufstieg der Schweiz als



Steuerparadies.<sup>24</sup> Umso mehr, weil die Stabilisierung des Schweizer Franks innerhalb der Eidgenossenschaft ohne Rückgriff auf Devisenkontrollen oder Kapitalbewegungen erreicht wurde. Der Bankensektor blieb frei von staatlicher Aufsicht und wurde durch die Schweizerische Bankiervereinigung selbst reguliert.<sup>25</sup>

Dieser Kraftakt, der Währungsstabilität, Rückzug des Staates und Finanzliberalismus miteinander verband, wäre ohne die Unterstützung einer soliden sozialen Basis nicht gelungen. Hier kommt die zweite Ausrichtung der Bundespolitik ins Spiel. Die politische Vereinbarung zwischen den Freisinnigen und den Katholischen Konservativen fand ihre wirtschaftliche Umsetzung in der Stärkung des Bündnisses von Schweizerischem Handels- und Industrieverband sowie Schweizerischem Bauernverband. Bereits 1921 wurde die Schweiz aufgrund ihrer wenig wettbewerbsfähigen Landwirtschaft, die ein Opfer des ausländischen Währungsdumpings war, zu einem der protektionistischsten Länder Europas, was Lebensmittelimporte betraf. Gleichzeitig stiegen die öffentlichen Subventionen für die Bauernschaft. Für industrielle Arbeitgeber blieben diese Zugeständnisse nicht ohne Konsequenzen. Der Protektionismus führte zu höheren Lebenshaltungskosten, die wiederum die Arbeitslöhne steigen ließen, während Beihilfen für die Landwirtschaft den Staatshaushalt belasteten.

Dennoch erwiesen sich diese Kompensationen als tragfähige Lösung, um die Unterstützung der Bauern für eine deflationäre Politik zu sichern, die für sie nicht günstig war, da sie die Kaufkraft der Bevölkerung verringerte. Dieses ungewöhnliche Bündnis zeigte Wirkung, als die ländlichen Gebiete am 3. Dezember 1922 das von den Sozialisten vorgelegte Projekt einer Kapitalsteuer massiv ablehnten. Obwohl die Steuer nur die Reichen betreffen sollte, wurde sie von mehr als sieben Achteln der Wähler abgelehnt. Daneben hatte auch die Erhöhung der Zölle gewisse Vorteile für die Kapitalisten. Sie erwies sich als wirksame Methode zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Staatshaushalts, ohne allzu offensiv auf direkte Steuern zurückzugreifen: Mitte der 1920er-Jahre machten die Zolleinnahmen zwei Drittel der Steuereinnahmen des Bundes aus.<sup>26</sup> Bei wirtschaftlichen Verhandlungen diente sie der Schweizer Führung sogar als Druckmittel, wenn ausländischen Partnern eine Erhöhung der Einreisezölle in Aussicht gestellt wurde.

Obwohl die finanzielle Orthodoxie in der Schweiz mit der Erhaltung eines stark deregulierten Bankenmarktes gekoppelt war, führte sie nicht zu einer allgemeinen Liberalisierung der Wirtschaft. Im Gegenteil, sie förderte den gegenläufigen Trend. Dabei handelt es sich um die dritte Ausrichtung der Schweizer Politik. Der Wirtschaftsliberalismus war nach dem Krieg in mehreren Bereichen im Niedergang begriffen. Der Protektionismus stellte dafür nicht den einzigen Beweis dar; beispielsweise setzte auch die Schweizer Industrie ihre Kartellierung fort.<sup>27</sup> Die finanzielle Stabilisierung trug auch zur Aushöhlung des politischen Liberalismus in der Schweiz bei. Die Umsetzung der Sparpolitik bedingte autoritäre Praktiken des Bundesrates. Die Wiedereinführung des Goldstandards, wie auch in anderen Ländern, passte nicht gut zum parlamentarischen Pluralismus, da diese Währungsordnung eine gewisse Strenge vorschrieb. In Anlehnung an die Kriegszeit nutzte die Regierung Anfang der 1920er-Jahre ihre außerordentlichen Vollmachten,

um wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt herzustellen, bevor sie sich daran gewöhnte, das Referendum in Wirtschaftsfragen durch die Anwendung der Notfallklausel zu umgehen.

Paradoxerweise verstärkte die Rückkehr zur finanziellen und monetären Normalität daher die antiliberalen Tendenzen in der Schweiz. Nach dem Krieg delegierte der Liberalismus die Wiederbelebung des politischen Denkens nach rechts und dieses Wiederaufleben fand seinen Ursprung oft in der Vergangenheit. Der wohl einflussreichste Denker dieser Zeit in der Schweiz war Gonzague de Reynold, eine Art intellektuelles Gegenstück zu Musy, aus demselben ländlichen Kanton. Dieser Historiker, der sich zu fantasievollen Ideen über die Ursprünge der Schweizer Rasse bekannte und gesellschaftliche Vorstellungen aus einer anderen Zeit vermittelte, stieg für mehrere Bundesräte in den Rang einer grauen Eminenz auf.<sup>28</sup> Nach 1918 war die Schweiz keine europäische Modelldemokratie mehr, schon allein deshalb, weil – beispielsweise im Gegensatz zu Deutschland – der weiblichen Hälfte der Bevölkerung noch immer das Wahlrecht verweigert wurde. Die demokratische Aura der Eidgenossenschaft konnte in der Zwischenkriegszeit ihren Glanz nur deshalb zurückgewinnen, da ein europäisches Land nach dem anderen in der Diktatur versank.

Wenn die Schweizer Gesellschaft nach dem Krieg als liberal im internationalen Vergleich bezeichnet werden konnte, dann nur insofern, als dass der Staatsbereich weniger als in den kriegführenden Länder gewachsen war und die Finanzmärkte, die Devisentransaktionen und das Bankensystem weiterhin extrem dereguliert waren. Später im 20. Jahrhundert läufte der Schweizer Liberalismus im Wesentlichen darauf hinaus: finanzieller Ultraliberalismus, geschützt vor einem schwachen Staat, innerhalb einer sehr konservativen Gesellschaft. Das ist das Wesen des Liberal-Konservatismus.

### **Eine Wirtschaft im Wandel**

Nach dem Krieg präsentierte die Schweiz eine merkwürdige Mischung aus Traditionalismus und Modernismus, aus Unbeweglichkeit und Transformation.<sup>29</sup> Eine immer noch große, hauptsächlich aus Kleinbauern bestehende Bevölkerungsschicht lebte auf dem Land und die Verstädterung verlangsamte sich im Vergleich zur Vorkriegszeit, während sich gleichzeitig der finanzielle Sektor in ein bedeutsames Bankenzentrum entwickelte. Die Schweizer Wirtschaft war sicherlich eine der reichsten der Welt, aber die Schweizer Gesellschaft war zutiefst von traditionalistischen Werten und von einem sklerotischen Nationalismus mit daraus resultierender Fremdenfeindlichkeit durchdrungen. Die Kulturpolitik der Eidgenossenschaft verbreitete diese Rückzugsideologie, die durch die Kriegsjahre und die Nachkriegsunruhen in den Nachbarländern noch befeuert wurde. Auch wenn die Künste von der europäischen Avantgarde beeinflusst waren, ist es schwierig zu sagen, wie die „Roaring Twenties“ über den Einzelfall hinaus mit der Schweizer Kultur verbunden waren. Dada hatte während des Krieges seine Heimat in Zürich;

nach dem Konflikt zog die Kunstrichtung nach Paris. Die Schweizer Kultur war im Wesentlichen aufs Regionale ausgerichtet. Die Künstler emigrierten manchmal, wenn sie keine Zuflucht in den alpinen Landschaften und Mythen der Vergangenheit fanden.<sup>30</sup>

Was als Dissonanzen innerhalb eines sich wandelnden Landes oder als Zeichen der Ungleichzeitigkeit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen angesehen werden könnte, war eigentlich das Ergebnis von Entscheidungen, die die Schweizer Eliten bewusst nach den politischen Möglichkeiten der Nachkriegszeit getroffen hatten. Der Liberal-Konservatismus war mehr als ein Kompromiss oder eine einfache Reaktion auf die Linke. Er wurde als Modell hochgehalten. Er bildete die Grundlage der sogenannten Konsensdemokratie, die durch die gebotenen Blockademöglichkeiten des politischen Systems der Schweiz dank dem Referendum gefördert wurde, von der jedoch die Sozialisten, ein Viertel der eidgenössischen Wählerschaft, in der Zwischenkriegszeit ausgeschlossen waren. Die Prämissen des Liberal-Konservatismus waren sowohl bei den liberalen und protestantischen Gewinnern des Sonderbundskrieges als auch bei den konservativen und katholischen Verlierern zulässig. Sie waren sowohl für den Walliser Bauern, der von seinem Apfelgarten in Bramois auf die Alpen blickte, als auch für den Zürcher Bankier der Kreditanstalt, der vom Paradeplatz aus das Kapital seiner ausländischen Kunden auf die Weltbörsen verteilte, akzeptabel. Der Liberal-Konservatismus war der Zement des Bundesgebäudes und der Föderalismus war sein Dach. Die Dezentralisierung nach dem Krieg war für das Großkapital ein Mittel, um die Expansion des Staates einzudämmen und durch den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen Steuersenkungen zu aktivieren. Gleichzeitig war es ein angestrebtes Ziel der ländlichen Gebiete, um nicht von den in Bern getroffenen Entscheidungen dominiert zu werden. Die Stärke des Bundesstaates, auf den Mitte der 1920er-Jahre nur etwa ein Viertel der öffentlichen Ausgaben entfiel, bestand darin, dass er schwach blieb.

Auch anderswo in Europa ging die wirtschaftliche Stabilisierung mit einer Politik der Schrumpfung des öffentlichen Bereichs einher. Allerdings wurden diese Programme nicht nur unvollkommen umgesetzt, sondern die Staaten festigten auch, wie in Deutschland, ihre Rolle als Vermittler zwischen Kapital und Arbeit durch die Einrichtung korporatistischer Mechanismen. Es stimmt, dass dieser Neokorporatismus nach dem Krieg die eidgenössischen Eliten zu verführen vermochte. Sie waren inspiriert von den produktivistischen Theorien zur Arbeitsteilung und von den christlichen Doktrinen zur Klassenzusammenarbeit und sie wurden vom dem Gewicht der Dachverbände in der Schweiz seit Ende des 19. Jahrhunderts gefördert.<sup>31</sup> Vor der Großen Depression existierte allerdings der Korporatismus in praxi innerhalb der Schweiz eher in privatisierter Form. Er wurde im Wesentlichen durch die Arbeitgeberverbände und ihren verstärkten Einfluss auf das politische System verkörpert. Obwohl es in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre einige Anzeichen für eine Integration gab, blieben die Gewerkschaften am Rande dieses Prozesses.<sup>32</sup>

Die liberal-konservative Politik war daher in erster Linie eine Entscheidung, mit einer leichten Anpassung der Wirtschaftspolitik und einer Stärkung der

konservativen Tendenzen so schnell wie möglich zur finanziellen und monetären Situation der Vorkriegszeit zurückzukehren. Die Bourgeoisie konnte sich diese Perspektive aufgrund der relativ begrenzten Auswirkungen des Krieges auf die Schweizer Gesellschaft vorstellen. Da diese Politik jedoch zunächst vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklungen und dann später umfassender als in den ehemaligen Kriegsländern angewandt wurde, führte sie zu großen Veränderungen in der Schweiz. Paradoxe Weise bewirkte in der Schweiz der Wunsch nach Erhaltung und nicht der nach Umwälzung die weitreichendsten Transformationen. Festzumachen war dies an der Schweizer Wirtschaft. Hier liessen sich in den 1920er-Jahren drei Trends erkennen: Internationalisierung, Nationalismus und Konzentration, die alle – in unterschiedlicher Intensität – durch die frühe Rückkehr zur finanziellen und monetären Normalität verursacht wurden.

Der erste Trend, die Internationalisierung, kam vor allem im Finanzbereich zum Ausdruck. In den zwei Jahrzehnten vor dem Krieg hatte der Schweizer Finanzplatz eine bedeutende Entwicklung durchlaufen, die durch den Aufstieg der großen Geschäftsbanken und die Expansion der Börsen gekennzeichnet war. Die ausländischen Investitionen waren beträchtlich, sodass die Schweiz, gemessen im Verhältnis zur Bevölkerung, am Vorabend des Kriegsausbruchs vermutlich an erster Stelle der kapitalexportierenden Länder stand. Diese Ausnahmestellung war nicht losgelöst von der Tatsache, dass die Kapitalisten, vor allem Deutsche und Franzosen, sich daran gewöhnt hatten, Schweizer Territorium für internationale Geschäfte zu nutzen.<sup>33</sup> Trotzdem markierten der Erste Weltkrieg und noch mehr die Nachkriegszeit einen Bruch. Sie machten die Schweiz zu einem privilegierten Zufluchtsort für das Kapital aus anderen europäischen Ländern, das vor dem Krieg, politischer Destabilisierung, Inflation und Steuererhöhungen in Sicherheit gebracht wurde. Innerhalb der Eidgenossenschaft fanden die Vermögensbesitzer fiskalische und monetäre Bedingungen vor, die denen der Belle Époque im Wesentlichen ähnlich waren, sowie den Schutz vor staatlichen Kontrollen durch das Bankgeheimnis. Infolgedessen flossen enorme Kapitalströme in und durch die Schweiz, obwohl das Ausmaß des Phänomens durch die Abwertung der ausländischen Wechselkurse etwas überdeckt wurde. Möglicherweise hatten Anfang der 1920er-Jahre insgesamt zehn Milliarden Schweizer Franken in der Schweiz Zuflucht gefunden, was dem Bruttoinlandsprodukt des Landes oder drei Vierteln aller Bankbilanzen entsprach.<sup>34</sup>

Die Verwandlung der Eidgenossenschaft in ein diskretes Steuerparadies war eine der deutlichsten Ausdrucksformen der Transformation durch Erhaltung. Die Hauptursache dieses Umbruches war die Aufrechterhaltung des Finanzliberalismus in der Schweiz, was dem Trend im Ausland zuwiderlief. Tatsache bleibt aber, dass diese Unbeweglichkeit im Bereich der Finanzpolitik von den Politikern bewusst zugunsten des Bankgeschäfts gewählt wurde. Gleichzeitig internationalisierte sich die Schweizer Industrie in den 1920er-Jahren und diese Bewegung wurde zusätzlich durch die Ausrichtung der Finanz- und Währungspolitik beschleunigt.<sup>35</sup> Angesichts der Schwierigkeiten, in starken Franken aus der Schweiz zu exportieren, verlagerten Unternehmen einen Teil ihrer Produktion ins Ausland. Die Überbewertung der Währung erleichterte diese Multinationalisierung, da sie die finanzielle Kapazität von Schweizer Unternehmen erhöhte, um Niederlassungen in ausländischen Märkten

mithilfe abgewerteter Währungen zu gründen oder zu erwerben. Firmen der wichtigsten industriellen Exportsektoren der Schweiz – Textilien, Maschinen und Metalle, Chemie und Nahrungsmittel – gründeten zahlreiche Tochtergesellschaften im Ausland. Lediglich die Uhrmacherei stellte hierbei eine Ausnahme dar. Es ist anzunehmen, dass sich die Zahl der ausländischen Niederlassungen von Schweizer Multis am Vorabend der Großen Depression im Vergleich zur Vorkriegszeit verdoppelt hatte.<sup>36</sup> Die scheinbare Stagnation der Schweizer Industrie in den 1920er-Jahren, die sich in den Beschäftigungs- oder Exportwertdaten niederschlägt, sollte daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies nicht unbedingt einen Niedergang der Unternehmen, sondern eine Veränderung ihrer Struktur bedeutete.<sup>37</sup>

Die Internationalisierung des Schweizer Kapitalismus ging mit einer umgekehrten Bewegung hin zum wirtschaftlichen Nationalismus einher. Dies ist eine paradoxe Entwicklung, die in anderen reichen Volkswirtschaften schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachten war. In der Schweiz wurde sie erst nach dem Krieg wirklich spürbar. Zollprotektionismus war, wie bereits erläutert, der Preis, der für einen Goldstandard, der den Finanzliberalismus nicht verletzte, bezahlt werden musste. Doch über diese Kompensationspolitik hinaus war der Nationalismus bei der Internationalisierung des Schweizer Wirtschaftszentrums weitgehend die Kehrseite derselben Medaille. Während europäisches Kapital in die Schweiz strömte, entzog sich die Schweizer Wirtschaft unter Ausnutzung der geschwächten französischen und deutschen Finanzlage dem ausländischen Einfluss. Während vor dem Krieg Internationalisierung oft Hand in Hand mit Unterstelltsein ging, bedeutete sie in den Folgejahren Emanzipation. Jetzt waren es die Vermögen der furchtbaren Kapitalisten, die in die Schweiz exportiert wurden, nicht das kraftvolle Kapital der imperialistischen Mächte. Um die Vorherrschaft ihrer nationalen Wirtschaft zu festigen und die nach dem Krieg erworbene neue Finanzkraft voll auszunutzen, zögerten die Schweizer Verantwortlichen nicht, rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um beispielsweise die ausländische Präsenz in den Verwaltungsräten zu begrenzen.<sup>38</sup> Zudem blieb die Gründung ausländischer Banken in der Schweiz ein außergewöhnliches Phänomen.

Nach dem Krieg war die Eidgenossenschaft ebenso ein internationaler Knotenpunkt, durch den gigantische Finanzströme flossen, wie eine Festung, die vom Banken- und Industriepatronat geschützt wurde. Dies war kein zufälliger Widerspruch, sondern eine Strategie, die auf der neuen finanziellen Attraktivität der Schweiz und der wirtschaftlichen Schwäche der Großmächte basierte. Der Trend zum wirtschaftlichen Nationalismus ging jedoch weiter. Er wirkte sich auch auf die Immigration aus. Die Tourismus-Industrie musste sich aufgrund des inflationsbedingten Kaufkraftverlusts im Ausland auf die einheimische Kundschaft umorientieren.<sup>39</sup> Was die Einwanderungspolitik betraf, so änderte sie sich während und nach dem Krieg diametral. Bis 1914 hatte sich die Schweiz durch ihre liberale Praxis in diesem Bereich ausgezeichnet, sodass sie von den westeuropäischen Ländern den höchsten Ausländeranteil hatte. Seit dem Ersten Weltkrieg wurden restriktivere Maßnahmen ergriffen. Die ausländische Bevölkerung, die 1914 fast 15 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, ging bis 1920 um ein Drittel zurück.<sup>40</sup> Während der Großen Depression, in Ermangelung einer richtigen Krisenpolitik

wegen der orthodoxen Zwangsjacke, die der schweizerischen Politik durch die Aufrechterhaltung des Goldstandards auferlegt worden war, war die Abschiebung ausländischer Arbeiter die wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.<sup>41</sup> Starke Währung, internationale finanzielle Expansion und wirtschaftlicher Nationalismus waren auf mehreren Analyseebenen in der Zwischenkriegszeit eng miteinander verbunden.

Der dritte Trend in der Schweizer Wirtschaft, die Konzentration, lässt sich wie die zwei anderen durch eine dem Funktionieren des Kapitalismus innewohnende Dynamik erklären. Dennoch wurde er durch den geld- und finanzpolitischen Kurs der Nachkriegszeit erheblich beschleunigt. Und zwar, weil die Zwänge und Möglichkeiten, die durch die Sparmaßnahmen und den starken Franken geschaffen wurden, die Ungleichheiten des wirtschaftlichen Wettbewerbs noch verstärkten. In den exportabhängigen Sektoren konnten die großen multinationalen Unternehmen die Kosten des hohen Frankenpreises durch ihre Expansion ins Ausland amortisieren. Die großen Geschäftsbanken hingegen waren in der Lage, die durch die Abwertung der Devisen und die Krise der frühen 1920er-Jahre verursachten Verluste dank ihrer Finanzkraft und der Vielfalt ihrer Aktivitäten zu tragen.<sup>42</sup> Dank der Schützungen des Staates bildete die Bauernschaft dabei eine Ausnahme, ebenso wie bestimmte handwerkliche Sektoren, die auf den Binnenmarkt ausgerichtet waren.<sup>43</sup> Konsequenterweise beschleunigte der Krieg die Bildung einer dualen Wirtschaft in der Schweiz: eine, die aus hochkompetitiven Exportmultis bestand, neben einer zweiten, die sich aus kleinen, durch Protektionismus vor Konkurrenz geschützten Produktionseinheiten zusammensetzte. Dies war eine weitere Konsequenz des Liberal-Konservatismus.

Die Konzentration der Schlüsselsektoren der Schweizer Industrie ging einher mit einer Annäherung an den Bankensektor, die vor dem Krieg begann und danach durch den wirtschaftlichen Nationalismus verstärkt wurde.<sup>44</sup> Die 1920er-Jahre waren die Blütezeit des Schweizer Finanzkapitalismus, was wiederum die Unterstützung für die Goldstandard-Politik festigte. Wenn sich die Industriellen für den starken Franken aussprachen, was sie während der Krise in den 1930er-Jahren weiterhin mit erstaunlicher Inbrunst taten, dann machten sie dies unter anderem, um die Interessen der Banken zu verteidigen. Trotz des Aufstiegs ihrer multinationalen Industrieunternehmen war die Schweiz zu einer Rentier-Ökonomie geworden. Die Spezialisierung der Banken auf die Vermögensverwaltung, die Verlagerung eines Teils des Produktionsapparates ins Ausland oder die Entwicklung des Versicherungssektors verwandelten die Schweiz, die im 19. Jahrhundert ein Pionier der Industrialisierung auf dem europäischen Kontinent gewesen war, in eine Dienstleistungswirtschaft, die sich weitgehend auf ihre Finanzkraft stützte. Die Tertiärisierung der Wirtschaft spiegelte dieses Phänomen zum Teil wider: Zwischen 1920 und 1930 wurden in diesem Sektor fast 100.000 Arbeitsplätze geschaffen, bei einer Erwerbsbevölkerung von weniger als zwei Millionen Menschen. Der Beitrag des tertiären Sektors zum Bruttoinlandsprodukt überstieg erstmals in diesem Jahrzehnt den Beitrag des sekundären Sektors. Dies war die letzte Folge der strategischen Optionen der Schweizer Führung nach dem Ersten Weltkrieg.

Der Liberal-Konservatismus blieb auch für den Rest des 20. Jahrhunderts die vorherrschende Ausrichtung der eidgenössischen Politik. Diese Behauptung wird durch die beispiellose Kontinuität in der Zusammensetzung von Regierungskoalitionen unterstützt, die bis heute stets von Mitte-rechts dominiert werden. Die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges festgelegten wirtschaftspolitischen Leitlinien, d. h., die Stabilität des Frankens, die budgetäre Orthodoxie und die Erhaltung eines schwachen und dezentralisierten Staates, wurden auch in den folgenden Jahrzehnten mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit beibehalten, sodass der Finanzliberalismus weiterhin mit dem sozialen Konservatismus Hand in Hand ging, die Schweizer Wirtschaft ihre Doppelstruktur bewahrte und das ausländische Kapital immer noch Zuflucht in der Eidgenossenschaft suchte. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden zwar Anpassungen vorgenommen: Die Linke wurde 1943 als Minderheitspartner in die Regierung integriert, der demografische Niedergang der Bauernschaft ließ sie ab den 1980er-Jahren ihr politisches Gewicht verlieren und der wirtschaftliche Nationalismus der Schweizer Festung wich unter dem Ansturm des Neoliberalismus. Dennoch war angesichts der europäischen Entwicklungen nicht die Veränderung das Bemerkenswerteste in der Schweizer Politik und Wirtschaft, sondern die Konstanz.

Diese Kontinuität wurde nicht ein für alle Mal festgelegt. Der Aufstieg der extremen Rechten in den Jahren 1933 und 1934 sowie danach die Versuche, die Freisinnigen und die Sozialisten einander näherzubringen, zeigen dies. Es ist die neuerliche Neutralität der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs, die die Nachhaltigkeit des Liberal-Konservatismus bis heute erklärt. Die sozialen Zugeständnisse waren am Ende dieses Konflikts umfangreicher als nach 1918, aber zu Beginn der „Trente Glorieuses“ entwickelten sich die Politik, die Gesellschaft und die Wirtschaft der Schweiz noch stärker entgegen dem europäischen Trend als in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Die Neutralität verschaffte der Schweiz ein zweites Mal eine Sonderstellung in Europa, wobei wiederum durch den von den Veränderungen im Ausland ausgelösten Schock eine eigene Dynamik in Gang gesetzt wurde.<sup>45</sup>

<sup>1</sup> Ein schönes Beispiel für diesen Eklektizismus : Pierre Eichenberger, Thomas David, Lea Haller, Matthieu Leimgruber, Bernhard C. Schär, Christa Wirth, « Beyond Switzerland : Reframing the Swiss Historical Narrative in Light of Transnational History », *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, 1, 2017, 137-152.

<sup>2</sup> Mauro Cerutti, « La politique extérieure, de la Première à la Deuxième Guerre mondiale », *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, 1, 2013, 215-241.

<sup>3</sup> Dieter Fahrni, « Die Nachkriegskrise von 1920-1923 in der Schweiz und ihre Bekämpfung », Lizentiatsarbeit Universität Basel, 1977.

<sup>4</sup> Hans Ulrich Jost, « Bedrohung und Enge (1914-1945) », in *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel, Schwabe, 2004. Die umfassendste Zusammenfassung der Schweizer Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen stammt aus dem Jahr 1974 : Roland Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, Lausanne, Payot, 1974. Kurze neue Zusammenfassungen finden sich in allgemeinen Werken über das gesamte 20. Jahrhundert. Vgl. Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München, C. H. Beck, 2015.

<sup>5</sup> Vgl., unter den wenigen allgemeinen Ansichten zur politischen Geschichte der Nachkriegszeit, Adrian Zimmermann, « Klassenkampf und Klassenkompromiss : Arbeit, Kapital und Staat in den Niederlanden und der Schweiz, 1914-1950 », Dissertation, Université de Lausanne, 2012 und Ruedi Brassel-Moser, *Dissonanzen der Moderne. Aspekte der Entwicklung der politischen Kulturen in der Schweiz der 1920<sup>er</sup> Jahre*, Zürich, Chronos, 1994.

<sup>6</sup> Roman Rossfeld, « Streik ! Wege und Desiderate der Forschung zur Geschichte des schweizerischen Landesstreiks vom November 1918 », *Archiv für Sozialgeschichte*, 57, 2017, 413-437.

<sup>7</sup> Max Mittler, *Der Weg zum Ersten Weltkrieg. Wie neutral war die Schweiz ?*, Zürich, Neue Zürcher Zeitung, 2003. Vgl. Pierre Luciri, *Le Prix de la neutralité. La diplomatie secrète de la Suisse en 1914-1915*, Genève, Institut des hautes études internationales, 1976 ; Heinz Ochsenbein, *Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, 1914-1918. Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz*, Bern, Stämpfli, 1971.

<sup>8</sup> *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Bern, Benteli, 7/1, 1979, 7/II, 1984, 8, 1988. Vgl. Hans Kunz, « La Suisse, le bolchevisme et le système de Versailles : foyer de la révolution mondiale ou siège de la Société des nations ? », *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 32, 1982, 158-162.

<sup>9</sup> Willi Gautschi, *Der Landesstreik 1918*, Zürich, Benziger, 1968.

<sup>10</sup> Bernard Degen, Julia Richers (Hrsg.), *Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe*, Zürich, Chronos, 2015.

<sup>11</sup> Marc Vuilleumier (Hrsg.), *La Grève générale de 1918 en Suisse*, Genève, Grounauer, 1977, 36-37 ; *100 Jahre Landesstreik !*, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 2018.

<sup>12</sup> Alle Statistiken in diesem Artikel stammen aus der Historischen Statistik der Schweiz, sofern in den Fussnoten nicht anders angegeben : <http://www.hso.ch>.

<sup>13</sup> Brigitte Studer, « Ökonomien der sozialen Sicherheit », in Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, Basel, Schwabe, 2012, 935-941.

<sup>14</sup> Matthieu Leimgruber, Martin Lengwiler (Hrsg.), *Umbruch an der « inneren Front ». Krieg und Sozialpolitik in der Schweiz, 1938-1948*, Zürich, Chronos, 2009 ; Brigitte Studer, Regina Wecker, Béatrice Ziegler (Hrsg.), « Frauen und Staat », *Itinera*, 20, 1998.

<sup>15</sup> Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade After World War I*, Princeton, Princeton University Press, 1975, 138.

<sup>16</sup> Karl Polanyi, *The Great Transformation : politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Wien, Europaverlag, 1977.

<sup>17</sup> Daniel Sebastiani, « Jean-Marie Musy (1876-1952), un ancien conseiller fédéral entre rénovation nationale et régimes autoritaires », Dissertation, Université de Fribourg, 2004.

<sup>18</sup> R. Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, 128-130.

<sup>19</sup> Cédric Humair, *Développement économique et État central (1815-1914). Un siècle de politique douanière suisse au service des élites*, Bern, Peter Lang, 2004.

<sup>20</sup> Hans Ulrich Jost, *Die Reaktionäre Avantgarde : die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900* Zürich, Chronos 1992.

<sup>21</sup> Sébastien Guex, *La Politique monétaire et financière de la Confédération suisse, 1900-1920*, Lausanne, Payot, 1993. Vgl. für Deutschland : Gerald Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914-1924*, Oxford, Oxford University Press, 1993.



<sup>22</sup> Eine internationale Perspektive über die Währungspolitiken : Christophe Farquet, « Dettes publiques et politiques économiques en Europe pendant les années folles », *L'Economie politique*, 81, 2019, p. 86-104.

<sup>23</sup> Eine Analyse der Politik der Exportindustrie: Hanspeter Schmid, *Wirtschaft, Staat und Macht. Die Politik der schweizerischen Exportindustrie im Zeichen von Staats- und Wirtschaftskrise, 1918-1929*, Zürich, Limmat Verlag, 1983.

<sup>24</sup> Christophe Farquet, *La Défense du paradis fiscal suisse avant la Seconde Guerre mondiale. Une histoire internationale*, Neuchâtel, Alphil, 2016.

<sup>25</sup> Yves Sancey, *Quand les banquiers font la loi. Aux sources de l'autorégulation bancaire en Suisse et en Angleterre, de 1914 aux années 1950*, Lausanne, Antipodes, 2015.

<sup>26</sup> Cédric Humair, « Qui va payer la guerre ? Lutttes socio-politiques autour de la politique douanière suisse, 1919-1923 », in Valentin Groebner, Sébastien Guex, Jakob Tanner (Hrsg.), *Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege*, Zürich, Chronos, 2008, 157-176.

<sup>27</sup> Alain Cortat (Hrsg.), *Contribution à une histoire des cartels en Suisse*, Neuchâtel, Alphil, 2010.

<sup>28</sup> Aram Mattioli, *Gonzague de Reynold. Idéologue d'une Suisse autoritaire*, Fribourg, Éditions universitaires de Fribourg, 1997.

<sup>29</sup> R. Brassel-Moser, *Dissonanzen der Moderne*

<sup>30</sup> Hans Ulrich Jost, « Politique culturelle de la Confédération et valeurs nationales », *Histoire et société contemporaine*, 6, 1987, 19-38. Über den Rückgang der Avantgarde-Ausstellungen nach 1920, voir Hans Lüthy (Hrsg.), *L'Art en Suisse, 1890-1980*, Payot, Lausanne, 1983, 42.

<sup>31</sup> Christian Werner, *Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz, 1928-1947*, Zürich, Chronos, 2000 ; Philippe Maspoli, *Le Corporatisme et la droite en Suisse romande*, Lausanne, Université de Lausanne, 1993.

<sup>32</sup> Bernard Degen, *Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise, 1918-1929*, Basel, Helbing und Lichtenhahn, 1991, 305.

<sup>33</sup> Paul Bairoch, *Victoires et Déboires. Histoire économique et sociale du monde, du 16<sup>e</sup> siècle à nos jours*, Paris, Gallimard, 1997, 2, 317-318 ; Raymond Poidevin, *Les Relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914*, Paris, Éd. du CHEFF, 1998.

<sup>34</sup> Christophe Farquet, *Histoire du paradis fiscal suisse. Expansion et relations internationales du centre offshore suisse au 20<sup>e</sup> siècle*, Paris, Presses de Sciences Po, 2018.

<sup>35</sup> Albert Masnata, *L'Émigration des industries suisses*, Lausanne, Vaney-Burnier, 1924 ; Roman Rossfeld, Tobias Straumann (Hrsg.), *Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg*, Zürich, Chronos, 2008.

<sup>36</sup> Margrit Müller, « Internationale Verflechtung », in P. Halbeisen, M. Müller, B. Veyrassat (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz*, 358.

<sup>37</sup> Ein Überblick über die Entwicklung der Schweizer Industrie nach dem Krieg : Paul Bairoch, « L'économie suisse dans le contexte européen, 1913-1939 », *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 34, 1984, 468-497. Der Trend zur Multinationalisierung war zum Beispiel im Bereich der Seidentextilien sehr deutlich: Michael Bernegger, « Die Zürcher Seidenindustrie von der Industrialisierung bis zur Gegenwart », in Barbara E. Messerli (Hrsg.), *Seide. Zur Geschichte eines edlen Gewebes*, Zürich, Neue Zürcher Zeitung, 1986, 85-87.

<sup>38</sup> Thomas David, André Mach, Martin Lüpold, Gerhard Schnyder, *De la « Forteresse des Alpes » à la valeur actionnariale. Histoire de la gouvernance d'entreprise suisse, 1880-2010*, Zürich, Seismo, 2015.

<sup>39</sup> Cédric Humair, Laurent Tissot (Hrsg.), *Le Tourisme suisse et son rayonnement international, 19<sup>e</sup>-20<sup>e</sup> siècles*, Lausanne, Antipodes, 2011, 9-54.

<sup>40</sup> Gérald Arlettaz Silvia Arlettaz, « La Première Guerre mondiale et l'émergence d'une politique migratoire interventionniste », in Paul Bairoch, Martin Koerner (Hrsg.), *Die Schweiz in der Weltwirtschaft*, Zürich, Chronos, 1990, 324.

<sup>41</sup> Philipp Müller, *La Suisse en crise (1929-1936). Les Politiques monétaire, financière, économique et sociale de la Confédération helvétique*, Lausanne, Antipodes, 2010.

<sup>42</sup> Malik Mazbouri, « La Première Guerre mondiale et l'essor de la place bancaire helvétique », *Histoire, économie et société*, 32, 2013, 73-94.

<sup>43</sup> Werner Baumann, Peter Moser, *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918-1968*, Zürich, Orell Füssli, 1999.

<sup>44</sup> Gerhard Schnyder, Martin Lüpold, André Mach, Thomas David, « The Rise and Decline of the Swiss Company Network during the 20<sup>th</sup> Century », *Travaux de science politique*, 22, 2005, 1-70.

<sup>45</sup> Christophe Farquet, « Hard Power. Girault versus La Sorbonne », *The Rule of Art. Contemporary History*, 2, 2021.